

Glasnost für die Kasse

Von Urs Paul Engeler — Die Finanzjongleure des Bundes stehen vor der Wahl, das Gebot der Transparenz oder das Gesetz über die Schuldenbremse zu verletzen.



«Wir müssen uns auf ein weiteres Defizit gefasst machen»: Hans-Rudolf Merz verblüffend offen.

Bern schnauft durch. Nur 2,8 statt 3,3 Milliarden, das Defizit des Bundes für 2003 ist etwas kleiner ausgefallen als befürchtet. Allerdings: Was die Regierung dem Volk jeweils vorlegt, ist lediglich ein Teil der Finanzwahrheit.

Jahr für Jahr rügt darum die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) in ihren Berichten: «Aus der Sicht der Rechnungslegung musste die EFK darauf hinweisen, dass die Zunahme des Fehlbetrags des Bundes im Betrag von 19 Milliarden Franken mit dem Aufwandüberschuss der Rechnung von 4,4 Milliarden Franken nicht übereinstimmt. Die Abweichung steht im Zusammenhang mit der Verrechnung von SBB-Darlehen innerhalb der Bundesbilanz. Das gewählte Vorgehen muss mit Blick auf die allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätze zumindest hinterfragt werden.» So weit das Beispiel aus dem Rapport 2000. Im Kommentar zur Rechnung 2002 bemängelte die EFK den gleichen buchhalterischen Trick mit den – ebenfalls nicht beachteten – Sätzen: «Schliesslich wies die EFK darauf hin, dass verschiedene Ausgaben nicht über die Finanzrechnung abgewickelt worden sind. Wie in den Vorjahren wurden dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte Tresoreriedarlehen gewährt... Die Kapitalerhöhung bei der Ruag AG im Umfang von 50 Millionen Franken und die Aufsto-

ckung der Beteiligung an der Skyguide von rund 30 Millionen Franken wurden ebenfalls direkt über die Bilanz des Bundes verbucht. Solche Transaktionen durchbrechen indessen die Systematik der Bundesrechnungslegung, vermindern die Transparenz für die Steuerzahlenden und verletzen die Grundsätze einer «true and fair presentation».

Verbranntes Geld

Die Kritik der EFK an der Rechnung 2003 wird in zwei Monaten erscheinen und in ähnlichen Worten erneut darauf hinweisen, dass, neben dem nun offiziell ausgewiesenen Defizit, in der Bilanz ein zusätzliches, rund zwei Milliarden grosses Loch klafft, bedingt vor allem durch Vorschüsse und Darlehen des Bundes an den Bau der teuren Neat (gut 1,3 Milliarden) und weitere «ausserordentliche Ausgaben». Still wird per Ende 2003 somit die Bundes-schuld nicht um 2,8, sondern um über 4 Milliarden, genauer von 122,4 auf 127 Milliarden Franken, angestiegen sein; dies alles unter dem angeblich so strengen Regime der Schuldenbremse. Zurzeit, dies die Quintessenz der permanenten Beanstandungen der Kontrolleure, wechselt ein Grossteil der Bundesmilliarden hinter einem politischen Schleier die Hand. Die Dimensionen müssten erschrecken: Zwi-

schen 1995 und 2003, als Kaspar Villiger (FDP) Finanzminister war, wies er öffentlich in den Finanzrechnungen über all die Jahre ein kumuliertes Defizit von 11,2 Milliarden aus. Verbranntes Geld genug, und doch nur ein Bruchstück der Realität: Unter seiner Federführung wuchs der Schuldenberg tatsächlich um 45,3 Milliarden auf rund 127 Milliarden Franken an. Nun jede vierte von Villigers vielen roten Milliarden ist somit in der offiziellen Aufstellung je aufgetaucht. Über drei Viertel wurden diskret, verschämt im kleiner gedruckten Teil verschoben.

Nun soll etwas Glasnost die Bundeskasse erfassen. Der neue Finanzminister Hans-Rudolf Merz geht mit dem guten Beispiel voran. In seiner Rede zur Eröffnung der Basler Mustermesse verblüffte er das Publikum mit einer kräftigen Korrektur der Budgetzahlen 2004. Das Parlament hatte im Dezember ein Defizit von 3,4 Milliarden abgesegnet. Nun kalkulierte er öffentlich, «dass wir uns im eben erst angelaufenen Jahr 2004 trotz des Entlastungsprogramms auf ein weiteres Defizit von 5,8 Milliarden gefasst machen müssen».

Merz hatte, so wie die EFK seit Jahren fordert, «Sonderfaktoren» wie Neat-Bau (1,4 Milliarden) sowie Finanzierung der Pensionskassen des Bundes und der ETH zu einem realistischen Gesamtbetrag gebündelt. Immerhin nimmt der Bundesrat bald eine Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes an die Hand. Ziel ist es, Einnahmen,

Ausgaben, Abschreibungen und Rückstellungen künftig nach Standards abzulegen, wie sie international und in der Geschäftswelt üblich sind. Pauschal formuliert, soll eine Vollkostenrechnung die bisher getrennt geführten Finanz- und «Sonderrechnungen» ersetzen und Volk wie Parlament, endlich, Klarsicht ermöglichen. Das ist das eine. In einer gläsernen Kasse geraten die Finanzen des Bundes unter erhöhten Druck. Zurzeit sind Bundesrat und Parlament nicht einmal in der Lage, die Schuldenbremse korrekt auf die öffentlichen Elemente des Haushaltes anzuwenden. Nach ihrer Lesart ist für 2004 ein Defizit von drei und für 2005 eines von zwei Milliarden durchaus «schuldenbremsekonform». Künftig muss die Geld Guillotine indes den effektiven Etat, also auch die in der Bilanz versteckten Sonderfaktoren von Pensionskassen bis Skyguide, limitieren. Mit dieser Vollkostenrechnung haben die Finanzjongleure in Bern noch die Wahl, entweder gegen das Gesetz der Transparenz oder gegen die Schuldenbremse zu verstossen oder den wuchernden Staat zu stoppen. Transparenz ist ein unverhandelbares Prinzip der Demokratie. Die Schuldenbremse wurde am 2. Dezember 2001 von Volk (84,7 Prozent Ja-Stimmen) und allen Ständen angenommen. Bleibt also nur eins: die Verzichtplanung.